50 Nummern Grünes Land

Highlights aus 11 Jahren

Die 50. Ausgabe von Grünes Land liegt vor Ihnen. Zum Jubiläum finden Sie Highlights und Themen, die die Redaktion von Grünes Land in den letzten 11 Jahren beschäftigten.

2005: Ländliche Entwicklung: Chancen nutzen!

In der ersten Zeitungsnummer im Mai 2005 setzte sich Grünes Land mit dem EU- Programm „Ländliche Entwicklung 2007-2013“ auseinander. Die Grünen Bäuerinnen und Bauern setzten sich gegen Kürzungen und für die Verankerung der Gentechnikfreiheit im Umweltprogramm ein.

2006: Marsch für ein gentechnikfreies Europa

Ein deutliches Zeichen für ein gentechnikfreies Europa setzten mehr als 3000 Menschen, die vor der EU-Koexistenz-Konferenz am 5. April in Wien demonstrierten. Aus über 20 Ländern waren Bauern und Bäuerinnen und Umweltaktivisten mit Traktoren, Transparenten und Gentechnikfrei-Fahnen gekommen. Die Plattform von 40 Organisationen – darunter Bio-Austria, Agrarbündnis, Grünen Bäuerinnen und Bauern, Umweltgruppen und kirchliche Organisationen – forderte, dass die EU-Kommission nicht den Gentechnik-Anbau erzwingen, sondern die Gentechnikfreiheit aktiv unterstützen solle.

2007: Grüne Bauern kritisieren Kürzung des ÖPUL-Programms

Die Grünen Bäuerinnen und Bauern

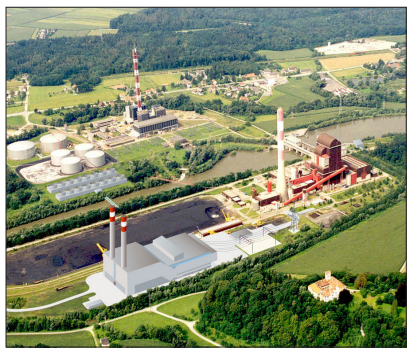
kritisierten die Senkung der Bioprämien und Kürzung des ÖPUL-Programms durch Minister Pröll um 130 Mio. Euro. Da Bio-Produkte boomen, forderten die Grünen Bäuerinnen und Bauern die Ausweitung der Bioflächen.

2008: Grüner Bundeskongress in Alpbach

Im Mai fand im Tiroler Alpbachtal der Bundeskongress der Grünen statt. VertreterInnen der Grünen Bäuerinnen und Bauern empfingen die Delegierten, darunter Bundessprecher Alexander Van der Bellen und Eva Glawischnig, die dritte Präsidentin zum Nationalrat mit einer Verkostung von Ziegenkäse aus der Produktion einer Tiroler Bio-Bergbauernfamilie. Die Grünen Bäuerinnen und Bauern forderten eine stärkere Unterstützung für die Bio- und Grünlandbetriebe, die einen wesentlichen Beitrag zur Erzeugung gesunder Lebensmittel und Pflege unserer Landschaft leisten.

2009: Heimisches Holz statt russisches Gas

Thomas Waitz, der Obmann der Grünen Bäuerinnen und Bauern Steiermark forderte den Stopp des Baus des Gaskraftwerks Mellach. Es sei wichtig, dass österreichisches Geld nicht nach Russland abfließt, sondern bei heimischen



Land- und Fortwirtschaften bleibt. Trotz der Gaskrise fand der Antrag der Grünen für einen Ausstieg aus dem Gaskraftwerk Mellach keine Zustimmung von ÖVP und SPÖ im Steirischen Landtag. Anmerkung: Mellach wurde fertiggebaut, aber kurz darauf stillgelegt, weil es nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Der Verbund versenkte dort hunderte Millionen Euro.

2010: Parlamentarische Enquete der Grünen zur Agrarpolitik

Eine Enquete der Grünen im Parlament war der Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe der Grünen Bäuerinnen und Bauern über die neue Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Im Mittelpunkt der GAP-Reform sollten nach Ansicht des Grünen Agrarsprechers Wolfgang Pirklhuber die neuen Herausforderungen Klimawandel, Wasserschutz, biologische Vielfalt, globale Hungerkrise, Gesundheitsförderung, erneuerbare Energie und eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen stehen. Ausgleichszahlungen und Förderungen müssten an gesellschaftlich erwünschte Leistungen in Richtung Natur-, Umwelt- und Tierschutz gebunden werden. Neben einer Reform des Milchquotensystems forderten die Grünen einen qualifizierten Außenschutz des EU-Lebensmittelmarktes.

2011: Grüne Bauern für Glyphosatverbot

Die Grünen Bäuerinnen und Bauern forderten, dass die Europäische Union und Österreich das Herbizid Glyphosat vom Markt nehmen, bis alle offenen Fragen geklärt sind – und zwar aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Biodiversität und der Gesundheit des Menschen. Die Hinweise hätten sich verdichtet, dass das populäre Herbizid Roundup für Pflanze, Tier und Mensch gefährlicher als bisher angenommen sei.

2012: Gaskraftwerk Klagenfurt gestoppt

Ein riesiger Erfolg war das Protestcamp gegen das Gaskraftwerk Klagenfurt, das von den Grünen Bäuerinnen und Bauern unterstützt wurde. Zwei Wochen später erklärte der Umweltsenat das Kraftwerksprojekt wegen der Nebelbelastung als unzulässig und der Projektpartner Verbund ließ verlauten, dass er das Gaskraftwerksprojekt aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiter verfolgen wollte. Nun soll die Fernwärme in Klagenfurt aus einem Biomasseheizkraftwerk kommen.

2012: Wir haben es satt!

Wir haben es satt! Unter diesem Motto demonstrierten am 30. März rund 1.500 Menschen für eine Agrarwende. Die von einer breiten Plattform von Umwelt-, sozialen und bäuerlichen Organisationen unterstützte Kundgebung setzte ein deutliches Zeichen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft ohne Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt und für das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität.

2013: Kritik am Chaos um Almenförderungen

Die Grünen Bäuerinnen und Bauern kritisierten die Rückzahlungsforderungen der AMA für Almförderungen auf Basis der Neufeststellung der Almfutterflächen und forderten eine Anerkennung der Waldweide ohne komplizierten Berechnungsschlüssel, unter der Voraussetzung, dass auf diesen Almen kein zusätzliches Grundfutter aus dem Tal zum Einsatz kommt.

2013: Grüne setzen sich beim Bienenschutz durch

Auf Initiative der Grünen und unter massivem Druck der Öffentlichkeit beschloss der Nationalrat zum Schutz der Bienen ein weitgehendes Verbot neonicotinoidhaltiger Saatgut-Beizmittel und das Totspritzen von Nutzpflanzen mittels Roundup kurz vor der Ernte.

2014: Gerechtes Fördersystem und Freiheit für Saatgut

Vor dem Parlament veranstalteten die ÖBV-Via Campesina Austria, die IG Milch, die Plattform Mutterkuh und die Grünen Bäuerinnen und Bauern Österreich eine Kundgebung für ein faireres, ökologischeres und unbürokratischeres Fördersystem in der Landwirtschaft. Im Mai stellte die Europäische Kommission einen Entwurf für eine neue Saatgut-Richtlinie vor. Teure europaweite Zulassungsverfahren hätten das Aus für Erhaltungssorten und für kleine Saatgutbetriebe bedeutet und den Saatgutkonzernen noch mehr Macht verschafft. Der Grüne Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirklhuber brachte Anträge zum Schutz der Saatgutvielfalt und gemeinsam mit Arche Noah und Global 2000 die von rund 250.000 Menschen unterstützte Petition „Unser Saatgut ist in Gefahr - Freiheit für die Vielfalt“ im österreichischen Nationalrat ein. Unter dem Druck der Zivilgesellschaft wurde die Saatgutverordnung abgelehnt.

2015: Grüne Erfolge in den Landwirtschaftskammern

Fulminante Erfolge konnten die Grünen Bäuerinnen und Bauern bei den Landwirtschaftskammerwahlen erzielen. In Oberösterreich stellen sie mit Clemens Stammler einen Landwirtschaftskammerrat. In Tirol gelang der Einzug in die Landwirtschaftskammer aus dem Stand, als zweitstärkste Kraft nach dem Bauernbund. Im Bio-Ausschuss sind sie durch Regula Imhof vertreten, im Ausschuss für Tierhaltung und Milchwirtschaft durch Bartholomä Obwaller.

Arbeit mit Natur kann Wunden heilen

und Menschen verbinden

VON STEFAN KAINEDER

Europa steht angesichts der Flüchtlingssituation vor einer großen Herausforderung. Doch wenn man sich die Zahlen und Fakten und auch die Migrationsgeschichte der EU und Österreichs anschaut, scheint die Herausforderung bewältigbar. Die Landwirtschaft könnte dabei eine hilfreiche Rolle spielen.
Was brauchen Flüchtlinge, damit sie sich nicht nur gut integrieren, sondern damit auch die Zeit bis zum Asylbescheid nicht von beschäftigungsloser Langeweile dominiert wird? Sie brauchen einheimische Ansprechpersonen und eine sinnvolle Beschäftigung. Das macht landwirtschaftliche Familienbetriebe zu einer hervorragenden Umgebung für AsylwerberInnen.

Sozialbiotop Bauernhof

Auf einem familiengeführten Bauernhof spielt sich das Leben ab. Es ist eigentlich immer wer zuhause und es leben im Normalfall mehrere Generationen miteinander unter einem Dach. Arbeit und Beschäftigung gibt es in Hülle und Fülle und auch den Platz, im Garten, in der Natur sich einen Teil der eigenen Lebensmittel selbst zu produzieren. Das alles sind große Vorteile bei der Integration von Flüchtlingen.

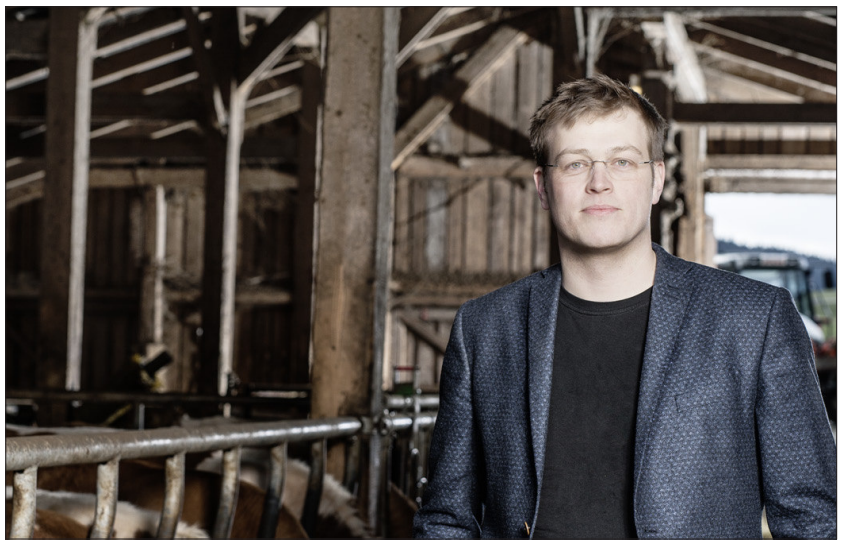
Freien Wohnraum nützen

Auf Bauernhöfen gibt es oft ungenützten Wohnraum. Manchmal eine eigene Auszugswohnung, die leer steht. Gerade in solchen Situationen ist die Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie durchaus überlegenswert. Das bringt es nicht nur einen erheblichen Mehrwert für die Flüchtlinge, aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass es den eigenen Horizont erheblich erweitert und ein Stück von der großen Welt in die eigenen Hausmauern bringt.

Mut zum Sprung ins kalte Wasser

Beschäftigung wirkt sich grundsätzlich sehr positiv auf die Stimmung von Menschen auswirkt. Vor allem dann, wenn sie an der frischen Luft passiert. Die Natur war schon immer eine gute Therapeutin und das ist es, was Menschen nach den oft traumatischen Erlebnissen einer monatelangen Flucht brauchen können. Ich plädiere deshalb für mehr Mut und den Sprung ins kalte Wasser. Nicht nur bei uns im Haus sondern auch bei zwei befreundeten Familien, die auf ihren Höfen Flüchtlingsfamilien aufgenommen haben, fällt das Fazit sehr positiv aus. Einfach ist das Leben auf dem Bauernhof sowieso nie, vielfältig ist es dagegen immer. Ob mit oder ohne Flüchtlinge.

LAbg. Stefan Kaineder ist Agrarsprecher der Grünen im Oberösterreichischen Landtag. Er ist auf einem Milchkuhbetrieb in Kirchschlag bei Linz aufgewachsen und lebt mit seiner Familie in Dietach bei Steyr in einem Mehrgenerationenhaus ohne Landwirtschaft. Er hat seit September 2015 eine afghanische Familie bei sich zuhause aufgenommen



Stefan Kaineder